

R'dorf in Europa 2
850 000 Euro EU-Fördermittel

Kita-Chaos in Berlin? 3
Verunsicherte Eltern

Für eine bessere EU-Verfassung

PDS fordert öffentliche Diskussion und Volksentscheid

Die Regierungschefs der EU-Mitgliedsländer haben am 29. Oktober 2004 die Europäische Verfassung unterschrieben. Die PDS lehnt den Vertrag ab: Auf dieser Grundlage kann ein friedliches, soziales und demokratisches Europa nicht verwirklicht werden. Sie will - so ein Beschluss des Potsdamer Parteitages - alle Möglichkeiten auf parlamentarischer und außerparlamentarischer Ebene nutzen, um diese Verfassung zu verhindern. Sie versteht dabei ihr Engagement als Teil des bundesweiten Widerstands von Friedensinitiativen, gewerkschaftlichen Gruppen, Bürgerrechtsorganisationen und Umweltbewegungen. Ja zur EU, aber nicht mit dieser Verfassung, sagt auch Attac.

Dem Thema europäische Verfassung war der jüngste „*Tegeler Dialog*“ mit *Andreas Wehr* im „Roten Laden“ gewidmet. Kernpunkte der Debatte waren die in der Verfassung dokumentierte Militarisierung der EU, der neoliberale Charakter, die Verabschiedung von der sozialen Marktwirtschaft und nicht zuletzt die demokratischen Defizite. Es wurde festgestellt, dass eine Diskussion über die Verfassung praktisch nicht stattgefunden hat, weder in Deutschland noch in anderen Mitgliedsländern der EU. In acht EU-Staaten wird es eine Volksabstimmung geben.

Und hier im Lande? „Die PDS“ - so PDS-Bezirksvorsitzender *Klaus Rathmann* - „verlangt, dass eine Reform von solcher Tragweite, wie sie EU-Verfassung darstellt, in allen Mitgliedstaaten der EU, also auch der Bundesrepublik, der direkten demokratischen Legitimation durch die Bürgerinnen und Bürger bedarf. Dazu steht die PDS Reinickendorf. Europa muss in bessere Verfassung gebracht werden. Schließlich hat ein derart grundlegendes Gesetz Auswirkungen auf unser aller Leben.“



Mit die Demos am Montag ist ja nu beinahe Ruhe, jedenfalls inne Medien. Die eenen bleim wohl zuhause, weil se inzwischen jloobn, det Hartz IV schon nicht so schlimm wird. Und die andern haben's vamutlich satt, uff die Straße rumzulatschen, wenn doch keen Aas uff se hört.

Mit'n paar Ausnahmen war et ja ooch mehr so die Sache von die Ossi. Schön, die arbeeten im Jahr hundert Stunden mehr als die inne alten Bundesrepublik, kriejen wenija Jeld und trotzdem hat unfefähr jeder fünfte keenen Job. Ossi hat ehm schon hinter sich,

wat man vornehm Deindustrialisierung nennt. Aber dezent anedeutet wird es nu ooch für die alten Bundesländer: Wir könnten ja auch dicht machen...

Lebst Du noch oder hartz Du schon?

Deshalb spukt nu Hartz IV doch schon in Jejenden, wo et bis jetzt janz jut jing. Bei Opel in Bochum, wo se üba 4000 uff die Straße setzen wollten, jab's jleich 'nen Ausstand. Det Fernseh hat ooch'n paar Opelarbeiter reden lassen, die sachten alle det jleiche: Wenn ich jetzt

auffe Straße flieje, bin ich een Jahr später auf ALG II, und was is dann mit Auto und die nächste Rate?

Da möcht ick ihnen jlatt wünschen, det se erst mal mit nem Lohnverzicht und ein paar Stunden Mehrarbeit davonkomm. Aba Autos koofen keene Autos, hat schon der olle Ford jesacht. Und bei die nächste Absatzflaute und die übernächste sind die Bochumer dann doch bald auf Ostniveau. Wenn se nicht vorher wat an die Pulletik drehen. Vielleicht montags? Und jemeinsam mit die schon Betroffenen?

Reineke

Reinickendorf in Europa

EUROPA in unserem bezirklichen Alltag aufspüren- das war der Sinn der Großen Anfrage der Einzelverordneten Renate Herranen in der BVV. Im Mai gestellt, sollte sie zusätzlich zur Teilnahme an der Europawahl motivieren. Bürgermeisterin Wanjura antwortete im Oktober.

Sie vermittelte - vor halbleerem Saal - ein eindrucksvolles Bild, wie gewohnt mit vielen Fakten zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit, zum Kulturaustausch, zu Kontakten von Reinickendorfer Verwaltungen, Unternehmen, Schulen, Kirchengemeinden, Sportvereinen, Bürgerinnen und Bürgern mit Osteuropa, zumeist mit Polen, von hier nach dort und umgekehrt. Ihr berechtigtes Resümee: Ein Anfang sei gemacht, auf dem aufgebaut werden könne.

Die müde Debatte dazu verzichtete nicht auf die gängigen politischen Schlagwörter: Berlin als „Tor zum Osten“, als „Drehscheibe“ usw.

Gemeint waren neue Märkte, Kaufkraftentwicklung, touristische Ziele. Natürlich war von „Aussöhnung“ und „Annäherung im Interesse des Weltfriedens“ die Rede. Aber auch von der Notwendigkeit, alte Vorurteile (z.B. „wegen der Autos“) abzubauen und sich gegenüber den „neuen Nachbarn“ (?) zu öffnen. Anke Petters, B90 wünschte sich Neugier aufeinander, wie sie die junge polnische Generation zeige.

Renate Herranen mahnte, die EU-Erweiterung als Chance zu begreifen: „Wenn wir ein friedliches, soziales und demokratisches Europa wollen, muss und kann auch bezirkliche Politik mehr tun zu helfen, Ängste abzubauen, und sich offensiv mit nationalistischem, rassistischem und militaristischem Gedankengut auseinandersetzen.“ Das ist 60 Jahre nach der Beendigung des zweiten Weltkrieges für uns und unsere Nachbarn immer noch von besonderem Gewicht. *K.G.*

EU- Fördermittel

Vom Bezirksamt beantragt, wurden 2002 - 2003 zwanzig unterschiedliche Projekte mit einem Gesamtvolumen von 3,8 Mio € durchgeführt. Die Finanzierung erfolgte über Landes- und Bundesmittel; sie wurden in Höhe von knapp 850 000 € von der EU kofinanziert. Zu den geförderten Projekten gehörten u.a. das Tourismuskonzept des Bezirkes, die Beratung von Existenzgründern, das Reinickendorfer Frauennetzwerk, die Armutsprävention in jungen Familien, „Rund um die Wäsche“, Eingliederungshilfen für Sozialempfänger, Gewaltprävention, Baumbepflanzung nach Unwetterschäden. Von 2001-2003 erfolgte die Förderung eines freien Trägers (DRK) in Höhe von 367 780 € jährlich für das Projekt „Jugend in Arbeit“.

Europa-Beauftragte

Reinickendorf hat seit 1.1.2001 eine Europa- Beauftragte: Frau Dr.Klein, Rathaus Reinickendorf, Telefon 4192 5070. Sie ist der Stabstelle Wirtschaftspolitik in der Abteilung Wirtschaft, Gesundheit und Verwaltung des Bezirksamtes zugeordnet. Sie ist zuständig u.a. für die Information über Förderprogramme der EU und des Bundes, für die Koordination der bezirklichen Projekte unter Trägerschaft oder Beteiligung des Bezirksamtes. Sie wirkt als Multiplikator für alle EU-relevanten Informationen (Gesetzesinitiativen, Ausschreibungen, Veranstaltungen und Termine) innerhalb des Bezirksamtes, leitet die AG Europa des Amtes, vertritt den Bezirk in Europaangelegenheiten in regionalen und überregionalen Gremien und wirkt an der Vorbereitung der jährlichen Europawoche mit.

32. Sitzung, 20.10.2004
Ein Antrag der FDP-Fraktion, das Interessensbekundungsverfahren Greenwichpromenade für gescheitert zu erklären und das Bezirksamt zu ersuchen, in eine neue Planung für diesen Bereich einzutreten, ist zusammen mit allen anderen diesbezüglichen Anträgen in den „Grün“ausschuss (federführend) und den Bauausschuss überwiesen worden. (siehe auch Seite 4).

Einer Mitteilung des BVV-Vorstehers zufolge wurde bis dato kein rechtskräftiges Hausverbot gegen ein Mitglied der „Bürgerinitiative Schulzendorfer Straße“ (BI) ausgesprochen. Vor der Sitzung war der Betroffenen trotzdem der Zugang in das Rathaus durch den Pfortner verwehrt worden.

Die BVV nahm eine Vorlage des Bezirksamtes zur Kenntnis, die nach „Abwägung der vorgetragenen Sachargumente“ den Beginn der Baumaßnahme an der Schulzendorfer Straße für das Frühjahr 2005 ankündigt.

Zur Großen Anfrage der Einzelverordneten Herranen (parteilos) „EU-Osterweiterung – Aufgabe und Chance für den Bezirk Reinickendorf“ lesen Sie bitte nebenstehend.

Mehrheitlich abgelehnt wurde ein Antrag der Einzelverordneten bezüglich der Umstrukturierungs- und Verlegungspläne des Bezirksamtes rund um die Integrationskita Senftenberger Ring 53-69. In der Begründung des Jugendstadtrates Senftleben (SPD) hieß es dazu u. a., dass die abnehmende Zahl der Anmeldungen eine solche Maßnahme unumgänglich machen würden (siehe auch Seite 3).

Der Antrag der Einzelverordneten zur „Ehrung für Zivilcourage gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ (siehe unten) wurde gemäß Konsensliste an den Vorstand der BVV überwiesen.

J. S.

WiR dokumentiert:

Ehrung für Zivilcourage

Antrag der Einzelverordneten Renate Herranen

Die BVV wolle beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt:

1. Die BVV und das Bezirksamt Reinickendorf ehren aus jeweils aktuellem Anlass Reinickendorfer

Bürgerinnen und Bürger, die couragiert Opfern von rechter Gewalt geholfen, durch ihr persönliches Eingreifen Straftaten mit rechts-extremem, rassistischem oder antisemitischem Hintergrund vereitelt und damit Menschen in akuter Not zur Seite gestanden haben.

2. Vorschläge über zu ehrende Personen nehmen die Bezirksverordnetenversammlung und das

Bezirksamt von jedem Menschen entgegen, dem solche Beispiele für Zivilcourage bekannt werden.

3. Die Ehrung erfolgt jeweils zu Beginn einer Sitzung der BVV; die zu Ehrenden erhalten eine Urkunde.

4. Zur Gestaltung einer Ehrenurkunde wird das Bezirksamt beauftragt, sich mit der Landeskommision Berlin gegen Gewalt in Verbindung zu setzen.

Am wirtschaftlichen und kulturellen Austausch mit Polen beteiligt sind u.a.
- Motorola, Alba, Otis
- das Atrium,
- die Gabriele-von-Bülow-Oberschule,
- die ev. Kirchen in Wittenau und Lübars,
- die kath. Kirche in Frohnau
- der VfL Tegel



Quellen:
Antwort von BBMstr Wanjura
Mitteilungen des BV-Vorstehers Nr. 283 und 284
auf Kleine Anfragen von Renate Herranen

Kitas und Schulen sind keine Großbaustellen

Renate Herranen zum Kita-Chaos in Berlin

Die GEW, die Landeselternausschüsse für Kitas und Schulen halten die Reformen im Bildungswesen. Stichworte: Einrichtung von Ganztagschulen, Hortverlagerung an die Schulen, Übertragung von kommunalen Kitas an Freie Träger- für notwendig. Wie denkst Du darüber?

Das ist richtig. Das Problem ist nur, dass Sparpolitik und marktorientierte Steuerung die gesellschaftlichen Aufgaben der Bildung verdrängen. Dabei müssen auch die „Nebenwirkungen“ der Bildungspolitik der rot-roten Regierung in Berlin auf den Prüfstand. Zwar werden PDS wie SPD nicht müde zu wiederholen, diese Reformen hätten nichts mit Haushaltskonsolidierung zu tun; aber wer soll das glauben? Da werden Vorklassen durch einige Stunden Sprachförderung ersetzt; da werden 5 ½ jährige mit der gleich hohen SchülerInnenzahl eingeschult; da werden Förderklassen abgeschafft; da werden Ganztagschulen eröffnet ohne die erforderlichen Rahmenbedingungen, Horte im „Hau-Ruck“-Verfahren an die Schulen verlegt, Kitas geschlossen und bewährte gewachsene Strukturen zerstört. Kitas und Schulen sind nun mal keine „Großbaustellen“, wie Senator Böger (SPD) die Reformen bezeichnet.

Was bringt die Eltern, Erzieher, Kinder so auf die Palme?

Dass sie in diesen wichtigen Prozess nicht einbezogen und in Unsicherheit gelassen werden.

Ab 1.11.2004 müssen die Eltern die Schulanfänger des kommenden Schuljahres und erstmals auch den Bedarf für ein Hortangebot an den Grundschulen anmelden. Das von der Senatsbildungsverwaltung vor-

gesehene Anmeldeverfahren entbehrt nach Auffassung der GEW jeder Rechtsgrundlage. Die Eltern müssen auf dem Anmeldeformular ankreuzen, welches „Betreuungsmodul“ sie wünschen. Es gibt Früh-, Nachmittags-, Spät- und Ferienbetreuung. Dabei steht noch gar nicht fest, wie die Module aussehen und wie sie miteinander verknüpft sein werden. Den Eltern kann im Moment nicht gesagt werden, welches Modul wieviel kostet. Dazu ist eine Änderung des Kitakostenbeteiligungsgesetzes erforderlich. Es gibt keine gesetzliche Grundlage für die Ausgestaltung von Hortangeboten nach Modulen. Nach wie vor gelten die Regelungen des Kita-Gesetzes, die einheitliche Angebote (inklusive Ferienbetreuung) vorsehen.

Wie läuft es in Reinickendorf?

In Reinickendorf wird im Gegensatz zu anderen Bezirken noch gut gearbeitet. Die Idee, Schülerinnen und Schülern keine Doppelnutzung der Klassenräume zuzumuten und „Horthäuser“ einzurichten, ist eine sehr gute; und es gibt wenige Bezirke in Berlin, die so handeln.

Ich habe mit Eltern der Kita am Senftenberger Ring gesprochen. Deren Einbeziehung zu den Kitaschließungen kann nicht gut gelaufen sein, sonst würden sie nicht so auf die „Barrikaden“ gehen; deshalb auch mein Antrag in der BVV im Oktober. Herr Senftleben bestätigte, dass er die Eltern nicht überzeugen konnte, und das ist bedauerlich. Oft werden Entscheidungen ohne sich mit den Betroffenen vorher zu beraten gefasst und ihnen dann als alternativlos vorgesetzt. So entsteht kein Vertrauen, sondern überflüssiger Frust.

BVV im Oktober:

Kinder und Eltern protestieren: Meine Kita ist hier!

BVV- Mehrheit lehnt Dringlichkeitsantrag von Renate Herranen ab

Jugendstadtrat Senftleben (SPD): Entscheidung bringt Erschwernisse, ist aber sachgerecht und kostengünstig



Worum es geht

Die Kindertagesstätte Senftenberger Ring 53-69 soll zum 1.8.2005 in einen gemeinsamen Hort der Chamisso- und der Lauterbach-Grundschule umgewandelt werden. Die Kita-Kinder sollen mit ihren Erzieherinnen in die Nachbarkita am Senftenberger Ring 99 umziehen.

Die Kita, die umziehen soll, ist aber die größte Sprachheilkita in Reinickendorf, betreut 32 Integrationskinder aus dem ganzen Bezirk durch ausgebildete Stützpädagogen, eine Logopädin sowie zwei Sprachheillehrer. Sie ist seit dem 26.01.1976 in Betrieb und arbeitet mit freien Trägern wie „Horizonte e.V.“ und „Kubus e.V.“ zusammen, die u.a. Zirkuspädagogik und Familienberatung anbieten.

Die Eltern befürchten größere Belastungen für die Kinder in der Umbauphase und ein Wegbrechen der bewährten Projekte.

Mit einem Dringlichkeitsantrag ersuchte Renate Herranen das Bezirksamt, mit allen Beteiligten eine einvernehmliche Lösung zu suchen. Jugendstadtrat Senftleben begründete die Entscheidung mit den bis zu 50 Prozent rückläufigen Kinderzahlen in beiden Kitas im kommenden Jahr. Die Leistungsangebote könnten am neuen Standort fortgesetzt werden. Die BVV-Fraktionen folgten dieser Logik.

www.kita-schliessung.de

Foto: Kita

„Die Schulen und Kitas werden in einen überstürzten Umstrukturierungsprozess ohne solide Planungen getrieben. Das ist verantwortungslos, denn das Chaos müssen am Ende die Eltern, Kinder, Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrerinnen und Lehrer ausbaden. Ganztagschulen sollen und können eine große Chance sein. Sie geben den Kindern mehr Zeit und Raum für Lernen, Leben und Förderung. Diese Chance wird mutwillig aufs Spiel gesetzt. Es ist leider zu befürchten, dass viele Kinder im kommenden Schuljahr schlechtere statt bessere Bedingungen haben werden.“

Ulrich Thöne, Vorsitzender der GEW Berlin

Zurück auf „Los“

Das bezirkliche Seebad-Monopoly steckt vorerst fest. Schade eigentlich, aber auf dem Monopoly-Brett ist es von der „Badstraße“ zur „Schloßallee“ nun mal ein weiter Weg. Er wird erschwert durch nicht kalkulierbare „Ereigniskarten“ und, nicht zuletzt, die Gefängnisoption. Der Erfolg hängt natürlich auch am Würfelglück, wenngleich sich erfolgreiche Spieler einig sind, dass letztlich nicht das Glück, sondern taktisches Vermögen und vorausschauendes Geschick den Ausschlag geben.

Gute Spieler lernen aus Fehlern - so sie diese erkennen (wollen). Im Bezirksamt, in der BVV und den agierenden Parteien macht sich allmählich die Idee breit, die „Gemeinschaftskarte“ zu ziehen.

Eine gute Idee. Das Gebot der Stunde wäre es jetzt, mit der „Bürgerinitiative Greenwichpromenade“ und anderen Anwohnern in Tegel sowie interessierten Investoren in eine neue Vorplanungsphase zu treten: in einen ergebnisoffenen Ideenwettbewerb.

Beim Monopoly wäre das natürlich nur eine zeitweilige Option. Zum Schluss kriegt doch ein Gewinner alles. Es könnte ganz gut sein, dass dieser Verdacht bisher die Akzeptanz der Anwohner und Geschäftsleute mindert. Er passt auf die bisherige, weitgehend CDU-gestützte Vorgehensweise.

Stadtplanung wird nur zum Teamspiel, wenn alle gewinnen sollen. Das ließe die Hoffnung zu, dass von den nun geforderten BVV-Ausschüssen ein überzeugendes und realistisches Konzept vorgelegt wird. Schluss mit Monopoly.

Jürgen Schimrock



Greenwichpromenade: Man könnte ja die Bürger fragen!

Im Oktober gingen die Diskussionen weiter. Im Ausschuss für Bauwesen und Stadtplanung erklärte Baustadtrat Dr. Wegner (CDU), dass das Bezirksamt die Planungsarbeiten aussetzen werde, da keine belastbaren Vorschläge zur weiteren stadtplanerischen Gestaltung eingegangen seien.

Die Vertreter von SPD, FDP und B90 akzeptierten, dass zur Fortführung des Projekts gegenwärtig die Voraussetzungen fehlen mögen, hielten jedoch dagegen, dass die Gründe für das bisherige Scheitern des Anliegens neben mangelndem Interesse der Wirtschaft auch in der fehlenden frühzeitigen Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger liegen.

Ein Ausweg aus der Situation könnte der Antrag der Bezirksverordneten Renate Herranen für die 33. Sitzung der BVV sein, das Bezirksamt solle einen Ideenwettbewerb starten, sich mit den Anwohnerinnen und Anwohnern be-

raten und wissenschaftliche Einrichtungen einbeziehen, also Demokratie praktizieren. Dr. Wegner hat die Antwort schon parat: dafür habe er keine finanziellen Mittel.

Bleibt die Frage: Woher hat er denn das Geld für die bisherige Planung genommen?

Rolf Mauersberger



Wird sie nun anders oder bleibt sie so - die Greenwichpromenade
Fotos: Schimrock

Impressum
Herausgegeben vom Bezirksvorstand der PDS Reinickendorf, V.i.S.d.P.: Klaus Rathmann.

Wir in Reinickendorf
wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden
sind ausdrücklich erwünscht:
PDS
Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel.

Öffnungszeiten:
Mo - Fr 15.00 bis 18.00 Uhr

Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632

e-mail:
info@pds-reinickendorf.de

internet:
www.pds-reinickendorf.de

Termine

„Mathematik, Kybernetik und Information in der DDR - was war, was blieb?“ Gesprächsrunde der VVN R'dorf mit Prof. Dr. Budach, ehemals Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Informatiker an der Uni Potsdam, am 18.11.2004, 15.00 Uhr.

Jahresabschluss der PDS Reinickendorf, Nachdenkliches von Kurt Tucholsky und vieles mehr am 11.12.2004 um 14.00 Uhr. (Beide Veranstaltungen im Roten Laden. Gäste herzlich willkommen!)